

Der Untergang des „Empress of Ireland“

Die Kunde von einer furchtlichen Schiffskatastrophe, die sich zum Glück nicht ganz so schwer erweist wie der Untergang der „Titanic“, hält die Gemüter gefangen. Ein Ozeandirektor ist in Nebel mit einem Kohlendampfer — nicht wie zuerst gemeldet, mit einem Eisberg — zusammengestoßen. Wie das Unglück trotz der technischen Ausrüstung mit Scheinwerfern, Nebelhörnern usw. über die jeder moderne Ozeandampfer verfügt, geschehen konnte, ist vorläufig noch in Dunkel gehüllt. Wiederum aber hat sich, wie bei früheren Katastrophen, die Funktion der Rettungsboote erwiesen und Hunderte von Menschenleben gerettet. Ueber die Zahl der Opfer widersprechen sich noch die Nachrichten. Die Besatzung des Schiffes wird mit annähernd 1200 Personen angegeben. Nach einer letzten Meldung können 400 Personen mit Sicherheit als gerettet betrachtet werden. Die Zahl der Vermissten wird auf 680 geschätzt. Doch ist es möglich, daß von diesen ein Teil geborgen wird, die in Rettungsbooten noch auf den Wellen treiben.

Wir geben im folgenden die telegraphischen Meldungen über den Verlauf der Katastrophe wieder:

Quebec, 29. Mai.

Der Dampfer „Empress of Ireland“ hatte 407 Passagiere erster Klasse an Bord, darunter den berühmten Schauspielere Irving und zahlreiche Angehörige der Heilsarmee.

Der Kohlendampfer „Storstad“.

Quebec, 29. Mai.

Der Dampfer „Storstad“, der einer norwegischen Gesellschaft gehört und am 17. April Venedig verließ und am 18. Mai in Quebec angekommen war, ist nicht gesunken. Er ist auf der Fahrt hierher und hat, wie verlautet, einige Ueberlebende des „Empress of Ireland“ an Bord. Der letztere Dampfer sank in 19 Faden Tiefe.

Montreal, 29. Mai.

Der Signaldienst der Regierung meldet, daß der Dampfer „Storstad“ 360 Ueberlebende der „Empress of Ireland“ an Bord hat. In Rimouski sind 400 Passagiere gefoltert worden. Somit werden noch 677 Vermisste.

Die Ursache der Katastrophe.

Paris, 29. Mai.

Als Ursache des Zusammenstoßes des von der Canadian Pacific Eisenbahn gehörigen Postschiffes mit einem anderen Dampfer wird der sursichbare Sturm angegeben, der gestern längs der nordatlantischen Küste wüthete. Als „Empress of Ireland“ den Hafen von Quebec mit dem Ziel Liverpool verließ, herrschte in Kanada eine ungewöhnlich hohe Temperatur, die gegen Abend rapid fiel.

Die Rettungsaktion.

New York, 29. Mai.

Um 4 Uhr morgens war noch keine weitere Nachricht von der „Empress of Ireland“ eingegangen. Die kanadische Regierung entsandte sofort, nachdem die Kunde bei der Marconistation Frazier Point eingetroffen war, die Dampfer „Lady Evelyn“ und „Heureka“ zur Hilfeleistung an die Unfallstelle.

Am Orte der Schiffskatastrophe.

Quebec, 29. Mai.

Durch den Zusammenstoß mit dem Kohlendampfer „Storstad“ wurde der „Empress of Ireland“ die Kaasbordseite bis zur Schraube aufgerissen. Die beiden Dampfer „Lady Evelyn“ und „Heureka“ fanden auf dem ruhigen Wasser wenige umhertreibende Rettungsboote, in denen die Ueberlebenden köhnen oder betäubt dalagen; einige auzig sterbend infolge der Verletzungen, die sie bei der Panik auf der sinkenden „Empress“ erlitten hatten. Im ganzen wurden 399 Personen aufgenommen. Von 140 Deuten der Heilsarmee wurden nur 20 gerettet. Der Kapitän ist zu ersipst, um eingehender zu berichten.

Die Unfallstelle.

Der St. Lawrence-Strom, der sich bei der Stadt Quebec meereisenartig erweitert, heißt bei Frazier Point eine Breite von etwa 70 Kilometern bei einer Tiefe von 346 Fuß. Der Schiffsverkehr ist auf diesem wichtigen Strom, der von den bedeutenden Handelsplätzen Hamilton, Toronto, Montreal und Quebec (Kanada) und Buffalo und Rochester (Vereinigte Staaten) die überseeischen Frachten empfängt, ein ganz gewaltiger. Bei dem beliebten Verkehr und dem häufigen starken Nebel, der dort herrscht, sind Kollisionen von Dampfern an der Tagesordnung.

Vor den Geschäftsräumen der Dampfergesellschaft.

Liverpool, 29. Mai.

Schreckende Szenen spielen sich vor den Geschäftsräumen der Canadian Pacific-Gesellschaft ab, die von einer handlangen Menschenmenge, die auf genauere Nachrichten hofft, belagert werden.

Von den großen Schiffskatastrophen der letzten Jahre ist der Untergang der „Titanic“ mit seinen Schreckensszenen noch am deutlichsten in der Erinnerung. Am 15. April 1912 ließ das gewaltige Schiff, das der Norweger auf höchste Geschwindigkeit ansahdete, mit voller Macht auf einen Eisberg, Binnen weniger Minuten waren 1500 Menschen in den Fluten verhängen. — Das Jahr 1913 war reich an schweren Schiffsunfällen, deren keiner aber die fatalistische Dimension des „Titanic“-Unterganges annahm. Erwähnt seien nur: Der Untergang des Hamburger Dreimastfers „Paragani“ am 27. Januar infolge eines Zusammenstoßes mit dem französischen Dampfer „Aeghne“, wobei 30 Mann ertranken. Am 5. März kamen beim Untergang des deutschen Torpedo-

bootes „S. 178“ 68 Mann der Besatzung um. Die Explosion des Dampfers „Kenabé“ am 25. Mai im Hafen von Smyrna forderte 300 Menschenleben. Am 7. August kenterte bei Swinemünde das Motorjagoboot „Friedrich Carl“, wobei 16 Personen ertranken. Am 5. Oktober: Untergang des brasilianischen Marinedampfers „Guarani“, 32 Personen ertranken. Grauenhafte Szenen spielten sich beim Brand des Auswandererschiffes „Voturno“ (9. Oktober) ab; 181 Menschen sind beim Untergang des brennenden Schiffes umgekommen.

Die Gerüchte an der Berliner Börse.

Nach an der Berliner Börse vorliegenden Privatdepeschen aus London ist Londons an dem Untergang der „Empress of Ireland“ finanziell nicht beteiligt. — Einer Berliner Bankfirma wurde von einer Londoner, angeführt der Canadian Pacific-Eisenbahn nachfolgende Seite dringlich mitgeteilt, daß, da der Untergang der „Empress of Ireland“ im St. Lawrence-Strom erfolgt sei, Menschenleben nicht zu beklagen seien. Andere unbefähigte Meldungen sprechen jedoch von 600 Toten.

Unsere Post-Abonnementen

welche die **Saale-Zeitung** nach ihrem Sommeraufenthaltsorte regelmäßig zu erhalten wünschen, belieben wie folgt zu verfahren:

- Bei Reisen mit einem Aufenthalt von über 10 Tagen an einem Orte innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns** ist die Ueberweisung nach dem neuen Zustellungsliste mindestens 5 Tage vor der Abreise bei dem Postamte ihres Wohnortes zu beantragen. Als Ueberweisungsgebühr ist postalisch zu entrichten:
 - nach Orten innerhalb Deutschlands 50 Pfg.,
 - nach Orten in Österreich-Ungarn 1 Mark.
- Die Ueberweisung der durch die Post besorgenen Zeitung kann auch für mehrere Orte hintereinander zugleich beantragt werden.** Die näheren Bedingungen hierüber sind bei der Postamt des Wohnortes zu erfragen.
- Die Rücküberweisung** nach dem ursprünglichen Zugsorte wolle man einige Tage vor der Rückkehr bei dem Postamte des Sommeraufenthaltsortes beantragen, sie erfolgt gebührenfrei.
- Bei Reisen mit wechselndem Aufenthalt oder von längerer Dauer als 10 Tagen innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns** und bei Reisen in das Ausland wolle man bei unserer Geschäftsstelle die tägliche Zusendung des Blattes durch Kreuzband vereinbaren. (Paris, London und Prag innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns täglich 15 Pfg., nach dem Auslande täglich 20 Pfg.)

Jensprecher
1153.

Bezugs-Abteilung
der
Saale-Zeitung.

Deutsches Reich.

Ein englischer Korb für den Zweibund.

Es wird der „Tag. Nöch.“ von besonderer Seite bekräftigt, daß tatsächlich von russisch-französischer Seite an die englische Regierung die Zumutung gestellt wurde, der französisch-russischen Flottenkonvention beizutreten. Bekanntlich ist die Flottenabmachung des Zweibundes erst während der marokkanischen Schwierigkeiten, also viele Jahre nach dem eigentlichen Bündnisvertrag, abgeschlossen worden.

Die erste Anregung zu einem schriftlichen Beitritt Englands dürfte im Frühjahr dieses Jahres durch den russischen Botschafter in London erfolgt sein. Eine Antwort Englands an die Zweibundmächte ist danach nicht erfolgt. Inzwischen fanden im Schöße des englischen Kabinetts eifrige Beratungen über die russische Anregung statt. Während des Besuchs des Königs Georg in Paris hat der russische Botschafter Jawolski die Frage neuerlich zur Sprache gebracht und hat nun, wie dem zitierten Blatte aus bester Quelle berichtet wird, eine absehnende Antwort erhalten. Die englische Regierung wünsche, mit Rücksicht auf die Stimmung im eigenen Lande und die guten Beziehungen zu Deutschland, die Vermiedung jeden Schrittes, der als gegen eine befreundete Macht gerichtet angesehen werden könnte.

Der Städtetag zum Kommunalabgabengesetz.

Am Mittwoch hat eine Vorberatung des Preussischen Städtetages stattgefunden, in der besonders Fragen des Wohnungs- und des Kommunalabgabengesetzes zur Sprache kamen. Zum Kommunalabgabengesetz wurde die Einreichung einer Eingabe an die Regierung beschlossen:

„Durch die in der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung einer Novelle zum Kommunalabgabengesetz gestellten Anträge und durch die in dieser Kommission gefassten Beschlüsse werden vielfach die Interessen der preussischen Städte ernstlich gefährdet. Auch die das Kommunalabgabengesetz behandelnde Eingabe des Schöpferverbandes für den deutschen Grundbesitz, die nicht ohne Einfluß auf die Beschlüsse der Kommission zu sein scheint, geht von einem den Städten sehr abträglichen Standpunkte aus. Besonders zwei Grundzüge des geltenden städtischen Abgabengesetzes sind das Ziel der Angriffe: Zum einen wird der Grundgedanke des Gemeindeabgabewesens erfüllt, nach dem zwischen den Leistungen der Städte für die einzelnen Bevölkerungsgruppen und den Abgaben umgekehrt das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung bestehen soll. Dadurch werden die Gemeinden in helgendem Maße auf die Einkommensteuer verwiesen; gerade die Ueberwälzung dieser Steuer in vielen Gemeinden aber war der Ausgangspunkt für die Vorlegung der Novelle

durch die königliche Staatsregierung. Zum zweiten wird die Gemeinde-Autonomie auf neuerlichen Gebiete durch beschränkt, daß vielfach an die Stelle voller Gemeindefreiheit und an die Stelle des Mitwirkungsrechtes der Ausschüsse treten sollen. Hierdurch wird die Möglichkeit der Gemeindebündnisse jeder Gemeinde nach der Billigkeit auszubauen und gelohnt zu erhalten, aufs äußerste eigenentgemeindefähigen Beiträgen fähigen, und überdies gemeindefähigen Beiträgen fähigen. Die königliche Staatsregierung um Aufrichterhaltung der bewährten, jetzt geltenden Grundzüge des Gemeindebündnisrechtes angehen zu dürfen.“

Die Kosten des Nahrungsmitteleinlaubes.

Der Monat April brachte wiederum eine mäßige Abwärtsbewegung der Lebensmittelpreise. Nach der bei etwa 200 deutliche Städte vorläufigen geprüften Statistik beschwerten sich die Kosten des wchentlichen Nahrungsmitteleinlaubes einer vierköpfigen Familie in Deutschland durchschnittlich um Mark:

	1911	1912	1913	1914
Januar	23,50	24,69	26,01	25,57
Februar	23,61	24,83	25,86	25,29
März	23,60	25,18	25,83	25,08
April	23,80	25,74	25,61	24,96

Hieraus ergibt sich für den Monat April 1914 im Vergleich zu den beiden Vorjahren eine ganz beträchtliche Senkung gegenüber der Indexziffer für den Monat April 1913, jedoch noch immer eine Steigerung um 1,16 Mark beziehend. Die Abwärtsbewegung der Indexziffer im Berichtsmontat ist vorwiegend auf eine leichte Ermäßigung der Fleischpreise zurückzuführen.

Studienmeister für Oberlehrer.

Auf Veranlassung der preussischen Unterrichtsverwaltung soll im nächsten Wintersemester 1914/15, wie das „Deutsche Pädagogische Blatt“ schreibt, verlässlich eine Studienmeister für akademisch gebildete Lehrer an höheren Schulen eingerichtet werden. Die Einrichtungsliste soll in der Reihe erfolgen, daß im nächsten Winter in den Vorlesungsplan der Universität Göttingen solche Vorträge oder Vorlesungen einbezogen werden, welche geeignet sind, über die in den letzten Jahrzehnten auf den Gebieten der angewandten Mathematik, der Physik, Chemie, Biologie, Geologie und Erdkunde genauden Fortschritt einen Überblick zu geben. Zu diesem Zweck sollen in der Reihe Oberlehrer in einer bestimmten Zahl auf ihren Antrag zur Beurteilung werden. Diefen nicht notwendig frei, außer den beschriebenen Vorträgen auch andere Leistungen nach freier Wahl zu belegen. Um auch den an staatlichen Anstalten wirkenden Oberlehrern die Vorteile eines solchen Studienmeisters zu ermöglichen, soll ihnen für den Fall der Veranstaltung einfordernfalls eine Beihilfe zur Deckung der Berechnungskosten bewilligt werden.

Beschlag der Schiffsautechnischen Gesellschaft in Friedrischshafen.

Anlässlich des Besuchs der Schiffsautechnischen Gesellschaft am Donnerstag in Friedrischshafen wurden verschiedene Fahrten mit dem Zepellin-Zuschiff „Victoria Luise“, das dazu aus Baden-Baden herübergekommen war, unternommen. Ein Ausstieg fand für die Vorstandsmitglieder der Schiffsautechnischen Gesellschaft unter Leitnahme des Barsten Jencowitsch statt, des Generalsekretärs der Gesellschaft nom Norddeutschen Lloyd Ltd. Die einstündige Fahrt erstreckte sich über den Bodensee und zurück bis Baden.

Die Entlassung von mehr als 60 Verhamslandarbeitern nach ebenen behandelten Prüfung ertreit in Baden großes Aufsehen und lebhaften Anreue. In der Reichlichen Kommission ist jedoch eine von Mitgliedern aller Parteien unterzeichnete Interpellation eingebracht worden, welche lautet: „Durch die Entlassung einer Anzahl von Verhamslandarbeitern ist in den Kreisen der Betroffenen und deren Eltern eine schwere Sorge entstanden. Was ergreift die Groß-Regierung zu tun, um dem dadurch herbeigeführten Notstand nach Möglichkeit abzuhelfen?“

Die Beratungen über die Besoldungsanfrage in Preußen

verprechen einen positiveren Ausgang als im Reichde. Der im Reichstage begangene Fehler, die Vorrage scheitern zu lassen, wird die Verbeserungswürdige nicht durchgesetzt werden können, wird jedenfalls nicht wiederholt werden, nach dem auch die Parteien, die im Reichstage das Kommando zum Scheitern brachten, ihren Fehler erkannt haben. Selbstverständlich aber wird alles getan werden, um die Vorrage nach Möglichkeit zu erweitern. Die Redner der fortschrittlichen Volkspartei haben mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß eine Reihe von Beamtengehältern mit geringeren Besoldungen dringend der Aufbeserung bedürfen, vor allem die gehobenen Unterbeamten, deren Eingehaltung mit nur 9 Millionen Mark Mehrkosten der preussische Etat jeck wohl vertragen kann. Was sich jeck noch nicht erreichen läßt, dafür müssen dann mindestens sichere Zusagen zu einem festen Termin gemacht werden, wie das der Kommissionsbericht im Reichstage wollte. In der erweiterten Budgetkommission wird hoffentlich eine betriebliche Einigung erzielt werden, bei der auch die vollsahenlichen Wünsche auf Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse und Ersetzung der willkürlichen Unterdirektoren durch feste Beihilfen für kinderreiche Familien Berücksichtigung finden werden.

Deutsch-dänische Verkehrsfragen. Zwischen den Regierungen von Preußen, Mecklenburg und Dänemark

schwebend Unterhandlungen über die Verkehrsbeziehungen der Verkehrsbeziehungen zwischen diesen Staaten. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob weiter die Herstellung der viel erörterten Fehmarn-Linie nach weiter in Frage kommt. Daß die Verkehrsverbindungen zwischen Deutschland und Dänemark verbeserungsbedürftig sind und auch erheblich verbesert werden können, erkannt die preussische Regierung durchaus. Sie sieht aber, auf dem Standpunkte, daß die Linie die Hand dazu bieten kann, durch Einrichting neuer Verbindungslinien die Verkehrsinteressen eines deutschen Bundesstaates zu beeinträchtigen. Daß aber die Herstellung der Fehmarn-Linie die Verbindung Warnemünde-Göbber hart beeinträchtigen würde, darüber besteht in allen beteiligten Kreisen Einkommen.

Aus den Kolonien.

Eingeborenenkulturen in Südamerika. Nachdem die Wirtschaft der Südamerikaner Vläge durch den Anstall in Kaufkraft einen starken Rückgang erfahren hat, interessieren sich die beteiligten Vtremen stark für die Einführung neuer Kulturen. In Frage kommen Kaka und Delpalmung. Die Handelskammer für Südamerika hat in ihrer Sitzung vom 1. April eingehend die Frage beraten, wobei festgestellt wurde, daß die Regierung durchzuführen sollte die Beziehungen unterhalten. Nach der Ansicht der Südamerikaner könnte jedoch in dieser Richtung mehr geschehen. Es jeck die günstige Zeit, beim durch die Handelskrisis setzen viele Arbeitskräfte



